

## **KLEINE ANFRAGE**

**des Abgeordneten Nikolaus Kramer, Fraktion der AfD**

**Vernetzungs- und Unterwanderungsbestrebungen der Gruppierung „Letzte Generation“ in Mecklenburg-Vorpommern**

**und**

## **ANTWORT**

**der Landesregierung**

1. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, wonach an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern (FHöVPR) Veranstaltungen, Seminare oder Ähnliches mit Vertretern der Gruppierung „Letzte Generation“ stattgefunden haben?

Wenn ja,

- a) wann fanden diese Veranstaltungen statt?
  - b) welche Räumlichkeiten wurden dazu genutzt?
  - c) wer waren die Teilnehmer der Veranstaltungen?
2. Was waren die erklärten Ziele dieser Veranstaltungen sowohl für die „Letzte Generation“ als auch für die FHöVPR?
    - a) Welche Themen/Inhalte wiesen die Veranstaltungen auf?
    - b) War die Teilnahme an diesen Veranstaltungen für die Studenten der FHöVPR im Rahmen des Ausbildungsprogrammes verpflichtend oder wurde die Teilnahme seitens der Lehrkörper angeordnet?

Die Fragen 1 und 2 werden zusammenhängend beantwortet.

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, wonach an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern Veranstaltungen, Seminare oder Ähnliches mit Vertreterinnen und Vertretern der Gruppierung „Letzte Generation“ stattgefunden haben.

3. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, wonach seitens der Gruppierung „Letzte Generation“ Anbahnungsversuche unternommen wurden, die darauf gerichtet sind/waren, an der FHöVPR Veranstaltungen durchzuführen?

Wenn ja,

- a) wann wurden diese Anbahnungsversuche unternommen?
  - b) welcher Art waren diese Anbahnungsversuche?
  - c) welche Inhalte wiesen die Anbahnungsversuche auf?
4. Wie wurde seitens der FHöVPR bzw. des Landes auf diese Anbahnungsversuche reagiert?

Die Fragen 3 und 4 werden zusammenhängend beantwortet.

Der Landesregierung liegen Erkenntnisse vor, wonach seitens der Gruppierung „Letzte Generation“ Anbahnungsversuche unternommen wurden, die darauf gerichtet waren, an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern Veranstaltungen durchzuführen. Diese Anfragen wurden per E-Mail – offenbar mit dem gleichen Wortlaut – an mehrere Mitarbeitende des Fachbereiches Polizei am 17. April 2023 und 6. Juni 2023 gerichtet und sind von der „Letzten Generation“ gezeichnet. Es wurden Vorträge und/oder andere Informationsveranstaltungen angeboten. Offenbar waren gezielt diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Empfängerinnen und Empfänger der E-Mails angeschrieben worden, deren Kontaktdaten auf der Website der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufgeführt werden. Auf diese Anfragen wurde seitens des Fachbereiches Polizei und dessen Mitarbeitenden nicht reagiert.

5. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, wonach in anderen öffentlichen Einrichtungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern Veranstaltungen, Seminare oder Ähnliches mit Vertretern der Gruppierung „Letzte Generation“ stattgefunden haben (wenn ja, bitte den Namen der Einrichtung, den Ort, die Zeit, den Teilnehmerkreis, die Themen/Inhalte der Veranstaltung tabellarisch darstellen und angeben, ob die Teilnahme obligatorisch oder fakultativ war)?

Bei der Gruppierung „Letzte Generation“ handelt es sich um ein loses Bündnis von Personen. Weder ist die Beteiligung einzelner Mitglieder oder Unterstützerinnen und Unterstützer bekannt noch sind diese als solche zu identifizieren.

Daher kann naturgemäß nicht ausgeschlossen werden, dass sich bei Gesprächen mit Mitgliedern der Landesregierung beziehungsweise Vertreterinnen und Vertretern der Landesbehörden mit Leitungsfunktionen sowie bei Veranstaltungen, Seminaren oder Ähnlichem in Einrichtungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern unter den Gesprächsteilnehmerinnen und Gesprächsteilnehmern auch Mitglieder der Gruppierung „Letzte Generation“ befunden haben. Die Ausweisung der gewünschten Informationen ist aus diesen Gründen nicht möglich.

6. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, wonach seitens der Gruppierung „Letzte Generation“ Anbahnungsversuche unternommen wurden, die darauf gerichtet sind/waren, an anderen öffentlichen Einrichtungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern Veranstaltungen durchzuführen?

Wenn ja,

- a) wann wurden diese Anbahnungsversuche unternommen?
- b) welcher Art waren diese Anbahnungsversuche?
- c) welche Inhalte wiesen diese Anbahnungsversuche auf?

7. Wie wurde seitens der Einrichtungen bzw. des Landes auf diese Anbahnungsversuche reagiert?

Die Fragen 6 und 7 werden zusammenhängend beantwortet.

Es wäre eine Abfrage aller öffentlichen Einrichtungen des Landes notwendig. Dies und eine etwaige Aufbereitung der Daten würde einen Aufwand begründen, der schon mit der aus Artikel 40 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern folgenden Pflicht zur unverzüglichen Beantwortung Kleiner Anfragen nicht zu vereinbaren wäre.

8. Laut Presseberichterstattung gehören zum Unterstützerkreis der Gruppierung „Letzte Generation“ ca. 80 bis 100 Polizeibeamte. Davon seien acht Beamte im engeren Netzwerk der Gruppierung tätig. Eine Polizeihauptkommissarin der Bundespolizei aus Mecklenburg-Vorpommern leite innerhalb der Gruppierung die Arbeitsgruppe Polizeivernetzung. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, wonach Angehörige der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern in einem formellen oder materiellen Sinne Mitglieder der Gruppierung „Letzte Generation“ sind, sie unterstützen oder für sie um Mitglieder oder Unterstützer werben?

Bezüglich der erfragten Informationen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

9. Gab es in der Vergangenheit Gespräche zwischen Angehörigen der Gruppierung „Letzte Generation“ und Vertretern der Landesregierung bzw. sind solche Gespräche geplant?

Wenn ja,

- a) wann und wo fanden diese Gespräche statt?
- b) mit welchem Ziel hat die Landesregierung diese Gespräche geführt?
- c) Welche Themen/Inhalte wiesen diese Gespräche auf?

10. Gab es in der Vergangenheit Gespräche zwischen Angehörigen der Gruppierung „Letzte Generation“ und Vertretern von Landesbehörden in Leitungsfunktion bzw. sind solche Gespräche geplant?

Wenn ja,

- a) wann und wo fanden diese Gespräche statt?
- b) mit welchem Ziel wurden diese Gespräche geführt?
- c) welche Themen/Inhalte wiesen diese Gespräche auf?

Die Fragen 9 und 10 werden zusammenhängend beantwortet.

Am 30. März 2022 fand um 16:30 Uhr eine Videokonferenz mit Mitgliedern der Gruppierung „Letzte Generation“ statt. An dieser Konferenz nahmen der Minister für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt, Dr. Backhaus, sein persönlicher Referent und der damalige Leiter der Abteilung 6 und heutigen Abteilung 2 teil. Das Gespräch sollte dem gegenseitigen Kennenlernen der Protagonisten dienen.

Nach einer Vorstellungsrunde wurden die Themen geplantes Klimaschutzgesetz, Agrarwende und Vermeidung von Lebensmittelverschwendung angerissen. Einer erneuten Terminanfrage vom 13. Juni 2023 durch die „Letzte Generation“ wurde bisher nicht entsprochen.

Die Mitglieder der Landesregierung sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Landesbehörden in Leitungsfunktionen führen darüber hinaus regelmäßig eine Vielzahl von Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Dabei kann naturgemäß nicht ausgeschlossen werden, dass sich unter den Gesprächsteilnehmerinnen und Gesprächsteilnehmern auch Mitglieder der Gruppierung „Letzte Generation“ befunden haben. Die Ausweisung der gewünschten Informationen ist aus den in der Antwort zu Frage 5 genannten Gründen nicht möglich.